

# Quo vadis, RSB?

## Einige Anmerkungen von systemcrash und TaP zur gemeinsamen Textproduktion von isl und RSB

Jesus soll auf die Frage des Apostel Petrus, „Wohin willst du gehen?“, geantwortet haben: „Wohin ich gehe, dorthin kannst du mir jetzt nicht folgen. Du wirst mir aber später folgen.“ [1]

Uns fällt es dagegen schwer, dem RSB auf dem Weg zu folgen, auf dem er sich gerade zu befinden scheint. Und sollte sich dieser Weg verfestigen, so haben wir auch nicht die Absicht, später zu folgen.

Die internationale sozialistische Linke ([isl](#)) und der Revolutionär Sozialistische Bund ([RSB](#)) sind die zwei Teile der deutschen Sektion der lange Zeit von [Ernest Mandel](#) geführten IV. Internationale (nach dem zeitweiligen Namen ihres Leitungsgremiums von TrotzkiInnen oftmals auch „Vereinigtes Sekretariat“ [VS] genannt). In den 1970er und frühen 80er Jahre war die bundesdeutsche Sektion der IV. Internationale in der Gruppe Internationale Marxisten ([GIM](#)) vereinigt; Anfang der 1980er fusionierte diese mit der [KPD/ML](#) zur Vereinigten Sozialistischen Partei ([VSP](#)). Als diese dann Anfang der 1990er Jahre zerfiel, spalte sich auch die deutsche Sektion der IV. Internationale – unter anderem über die Frage der Mitarbeit in der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) (heute: Die Linke). Die isl optierte dafür, der RSB dagegen. Auch im April 2012 schrieb Jakob [Schäfer] (RSB) im Rahmen der damaligen Diskussion über die Schaffung einer neuen antikapitalistischen Organisation („NaO-Pro-

zess’) noch: „Aber ich kann mir im Moment schlecht vorstellen, dass Mitglieder einer Neuen antikapitalistische Organisation auf Dauer gleichzeitig Mitglieder in der Linkspartei sind.“ ([NaO und Haltung zum Reformismus](#), S. 6)

Auch in Bezug auf andere Länder blieb der RSB skeptisch gegenüber der Orientierung der Mehrheit der IV. Internationale auf „breite“ Linksparteien [2]: Der RSB unterstütze in Griechenland das revolutionäre Bündnis [ANTARSYA](#); die isl lange Zeit SYRIZA und dann die „[Volkseinheit](#)“ / [LAE](#).

### Das Beispiel Linkspartei

Anfang vergangenen Jahres veröffentlichten nun Angela Klein (isl) und Jakob Schäfer (RSB) ein Papier [RSB und isl versuchen, Trennung zu überwinden](#). Dort hieß es nun (uns fällt es schwer, das Urteil „salomonisch“ zu nennen): „Politisch haben GenossInnen des RSB ihre allzu schroffe Ablehnung einer Arbeit in Der Linken auf den Prüfstand gestellt und bilanziert, dass vor allem das einfache Abhaken Der Linken als eine nicht reformierbare parlamentaristische Partei zu sehr ihre durchaus auch vorhandene, positive Wirkung in den täglichen Auseinandersetzungen mit der Politik der Herrschenden auf die Seite schob. Umgekehrt ist die isl zu dem Schluss gekommen, dass sie zu lange gezögert hat, die eigene Organisation zu festigen, verbindlicher zu arbeiten und gemeinsame Projekte als Organisation anzupacken.“

Die neue gemeinsame politische Linie scheint zu sein: Eigener Organisationsaufbau + Mitarbeit in der Linkspartei. Dies ist zwar etwas linker als die bisherige Vernachlässigung des eigenen Organisationsaufbaus durch die isl; aber es entspricht ziemlich genau dem, was die SAV (eine Gruppe aus anderer trotzkistische Linie) *dual task*-Ansatz [3] nennt und wird daher ebenso von den von uns gegen den SAV-Ansatz vorgebrachten Einwänden [4] getroffen:

**1.** Die Mitarbeit in reformistischen Parteien fördert nicht die Autonomie („Klassenunabhängigkeit“ [5]) der Lohnabhängigen, sondern untergräbt sie. Denn reformistische Parteien wollen die existierenden, bürgerlichen Verhältnisse zwar abmildern oder verbessern, aber nicht überwinden; sie agieren *innerhalb* der bürgerlichen Verhältnisse und in der Regel mit den Mitteln und in den Grenzen des bürgerlichen Staatsapparates. Klassenunabhängigkeit bedeutet dagegen gerade, die Inhalte und Formen der bürgerlichen Politik zu überschreiten.

**2.** Beiden Ansätze können in nicht-revolutionären Situationen (und damit haben wir es heute zu tun) in Bündnissen und Gewerkschaften koexistieren, aber deren Unterschiedlichkeit steht gemeinsamer, *politischer* Organisation entgegen.

**3.** Warum soll es effektiv sein, sich erst jahrelang in einer reformistischen Organisation abzurackern und dann am Ende auszutreten oder rausgeschmissen zu werden und dann den nächsten Verein aufzubauen statt die beschränkten Kräfte gleich auf das Richtige zu konzentrieren?

Ähnlich, wie die SAV sagt, „*Wir haben nicht die Hoffnung, daß die Linke insgesamt als*

*Partei zu einer revolutionären Partei werden könnte.*“ [6], sagen auch [Angela und Jakob](#) in ihrem Papier, daß sich die Hoffnung der isl, „*im optimalen Fall den Gesamtkurs dieser Organisationen [Linkspartei u.a.] nach links zu verschieben*“, „*nicht bestätigt*“ habe. Warum dann also der Aufwand einer Mitarbeit in Formationen wie der Linkspartei?

**4.** Es ist zwar richtig, zu versuchen, Mitglieder solcher Formationen für revolutionäre Politik zu gewinnen. Aber warum sollte es ‚einfacher‘ sein, *innerhalb* einer Organisation mit Leuten ins Gespräch zu kommen als außerhalb? Wenn diese Organisationen *wirklich* ein gewisses Radikalisierungspotential enthalten – also auch auf der Straße präsent sind –, können deren Mitglieder auch da (also auf der Straße) angesprochen werden und es muß nicht in irgendwelche Hinterzimmer ausgewichen werden. *Aktionseinheitspolitik* ist also *unser Alternativvorschlag* zu Entrismus.

**5.a)** Es bestehen bei Mitarbeit in reformistischen Organisationen größere Schwierigkeiten (als bei: eigenständige Organisation + Bündnispolitik), die programmatische Unabhängigkeit zu wahren. Denn es gibt Grenzen dessen, was in einer reformistischen Großorganisation gesagt werden kann/darf – und zwar zumal, wenn es nicht nur gesagt, sondern dem Gesagten auch *zugehört* werden soll.

Wir wissen zwar nicht, ob es daran oder an mangelnder inhaltlicher Überzeugtheit liegt, daß SAV und isl nicht von der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates sprechen. Aber in der Tat würden sie damit innerhalb der Linkspartei nur auf taube Ohren oder weitgehendes Unverständnis stoßen.

**b)** Entrismus geht auch oft mit reduzierter eigener Sichtbarkeit einher. So machen SAV-GenossInnen oftmals Aktionen mit Linkspartei/[solid]-Fahnen/-Logo statt SAV-Fahnen/-Logo; und jedenfalls für die bisherige isl-Praxis gilt dies *noch mehr*. Es wird sich dadurch zwar als gute ‚ParteiarbeiterrInnen‘ ausgezeichnet, aber das eigene politische Profil leidet darunter. Möchte der RSB wirklich auf diese Linie einschwenken?

**c)** Außerdem steht eine – zumal kleine – revolutionäre Minderheit in einer von ReformistInnen und [GradualistInnen](#) dominierten Partei ständig vor der verheerenden Alternative

- entweder eine aufreibende Feuerwehrrpolitik zu betreiben (Abwehr der jeweils neuesten Vorstöße der anderen Parteiflügel, die Programmatik noch weiter nach rechts zu verschieben und Abwehr von Alleingängen von dessen VertreterInnen, die sich an die wenigen relativ linken Beschlüsse der Partei nicht halten; ein Krieg von Anträgen, Presseerklärungen und Sondersitzungen)
- oder aber die anderen Flügel der Partei kampfflos machen lassen, was sie will, und so die Außendarstellung der Partei dominieren zu lassen.

### *Das Beispiel SYRIZA*

Seit dem gemeinsamen Papier von Angela und Jakob haben isl und RSB eine Reihe von gemeinsamen Texten veröffentlicht, u.a. zum [griechischen Wahlergebnis vom Sept. 2015](#) und zur [Anti-TTIP-Demo im Okt. 2015 in Berlin](#).

In dem Text zur Wahl in Griechenland wird zwar „Tsipras‘ Kehrtwende im Juli [2015]“ abgelehnt, aber die entscheidende Frage, ob nicht genau diese Kehrtwende angesichts Programm sowie praktischer Politik und Propaganda (schon vor dem Regierungsantritt) sowie Organisationsstruktur SYRIZAs *vorherzusehen* war – die isl-Unterstützung für SYRIZA also *falsch* war –, wird gar nicht erst aufgeworfen.

Schon zuvor – gleich am Anfang – des Textes hieß es: „Nach der Parlamentswahl vom 20. September 2015 ist die neue Regierungskoalition in Griechenland dieselbe wie die alte. Und dennoch ist alles anders.“

Tatsächlich ist nicht „alles anders“, sondern die Regierungspolitik vor wie nach dem ersten wie nach dem zweiten SYRIZA-Wahlsieg – mit geringen Nuancen – die *gleiche*, und die revolutionäre Linke ist, nachdem die Hoffnungen in SYRIZA keine Bestätigung gefunden hatten, kaum stärker geworden. (Wenn etwas anders war, dann dass diejenigen, die vorher Illusionen in SYRIZA hatten, sich nun von Tsipras betrogen fühlten.)

Zur LAE wird dann – nicht verkehrt – festgestellt: „Allerdings zeigen die Wahlergebnisse, dass auch die linke Abspaltung von SYRIZA, die ‚Volkseinheit‘ (Laiki Enotita, LAE), nicht als Alternative wahrgenommen wurde. Und es ist LAE auch nicht gelungen, das Image einer ‚Partei der Drachme‘ abzuschütteln, zumal sie in ihrem Programm für den Grexit als zentralen Hebel für ein Ende der Memorandumspolitik geworben hatte. Der Austritt aus dem Euro stellt als solcher noch keinen Bruch mit der Europäischen Union dar, ohne den eine Politik im Interesse der einfachen Bevölkerung nicht umsetzbar ist.“

Zweierlei ist allerdings dennoch an dem Text zu vermissen:

1. die Feststellung, daß ein Bruch mit der EU, ohne mindestens europaweitem Bruch mit dem Kapitalismus, genauso unsichere Aussichten für die Massen in Griechenland bereit hält, wie ein Bruch mit dem Euro ohne Bruch mit der EU

und

2. eine nunmehr gemeinsame Unterstützung für ANTARSYA. Zu ANTARSYA heißt es in dem Text vielmehr kühl: „Auch ANTARSYA, das Bündnis antikapitalistischer und revolutionärer Organisationen, konnte bei diesen Wahlen keinen Durchbruch erzielen.“ Das ist zwar auf der beschreibenden Ebene völlig zutreffend, läßt aber außer Acht, daß bei dem gegenwärtigen Stand des Massenbewußtseins ohnehin weder *große noch schnelle* Durchbrüche für revolutionäre Politik zu erwarten sind.

Statt zumindest zu skizzieren, wie unter diesen schwierigen Bedingungen revolutionäre Politik aussehen könnte, endet der Text bewegungstümelnd mit kritiklosem Bezug auf reformistische Initiativen:

„Nach dem Debakel in Griechenland hat die Tendenz zu einer stärkeren europäischen Vernetzung der Kämpfe gegen die Spardiktate spontan zugenommen: Als Beispiele seien die Initiativen von Blockupy oder von Alter Summit, die Idee einer europäischen Schuldenkonferenz und die Initiative aus Frankreich, Griechenland und dem Spanischen Staat für ein ‚Austerexit‘ genannt.“

und einer Konfusion von „sozialistische[r]“ Politik und (juristischer) Aufkündigung der EU-Verträge:

„Wir brauchen ein sozialistisches Programm für Europa – und dazu gehört auch, dass die EU-Verträge aufgekündigt und durch gemeinsame Vorstellungen ersetzt werden müssen, wie ein solidarisches Zusammenleben in einem demokratischen Europa, einem ganz anderen Europa aussehen kann.“

### *Das Beispiel TTIP-Kritik*

Zunächst einmal fällt uns an dem ganzen Text auf, dass dauernd von „Demokratie“ und demokratischen Prinzipien die Rede ist, aber nicht einmal die Begriffe „Klasse“, „Klassenkampf“ oder „Klassenverhältnisse“ auftauchen – von einem „Bruch mit dem Kapitalismus *und dem bürgerlichen Staat*“ gar nicht erst zu reden [7]. Folglich bleibt an den ganzen schönen, der Überschrift folgenden, Ausführungen in dem Text unklar, ob sie eine nach-revolutionäre Gesellschaft beschreiben sollen oder Wünsche an den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Klasse sind.

In dem immerhin vierseitigen Text wird nirgends erklärt, was Kapitalismus und bürgerliche Demokratie sind. Statt dessen wird angebiedert und lamentiert:

*„Die Bewegung gegen TTIP weist zurecht darauf hin, dass mit TTIP ganz offiziell das Wohl der Konzerne über das Wohlergehen der Menschen gestellt und die Demokratie de facto ausgehebelt wird.“*

Statt dessen müßten die Ausdrücke „Konzerne“, „Menschen“ und „Demokratie“ – falls wir es mit einem Modeausdruck sagen sollen – „de-konstruiert“ werden; das heißt:

- „die Menschen“ müßten in Angehörige unterschiedlicher Klassen zerlegt werden;

- „die Demokratie“ müßte in unterschiedliche *Formen* von Demokratie mit unterschiedlichem *Klassencharakter* zerlegt werden;
- und „Konzerne“ müßten als Effekt der – für die kapitalistischen Produktionsweise charakteristischen – Zentralisation und Konzentration des Kapitals ausgewiesen werden.

„Es geht darum, eine andere, sozial gerechte, demokratische und solidarische Weltwirtschaftsbeziehung zwischen den Völkern zu schaffen, bei denen nicht die Maximierung der Profite zum Nutzen einer kleinen Minderheit von Superreichen, sondern das soziale Wohlergehen der Mehrheit der Menschen Bezugspunkt allen Handelns ist. Eine solidarische internationale Zusammenarbeit zwischen den Völkern sollte auf den Prinzipien der Gleichheit, Unabhängigkeit, des gegenseitigen Respekts und der gegenseitigen Unterstützung beruhen – ganz im Sinne von Che Guevaras Parole ‚Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker‘.“

Auch hier müßte zerlegt (analysiert) werden:

- ‚die Gerechtigkeit‘ in unterschiedliche Verständnisse von „Gerechtigkeit“. – Schon Karl Marx schrieb: „Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung ‚gerecht‘ ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige ‚gerechte‘ Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die

*Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über ‚gerechte‘ Verteilung?“* ([MEW 19](#), 18)

- ‚die Völker‘ in gesellschaftliche Gruppen, wobei wir im Zusammenhang mit dem TTIP wiederum zuvorderst die *Klassen* erwähnen wollen. – Schon Lenin schrieb: „Die kommunistische Partei, [...] muß [...] ausgehen: [...] von einer klaren Herauslösung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen schlecht hin“ ([LW 31](#), 133).
- Und es müßte gefragt werden, ob das, was als „soziale[s] Wohlergehen der Mehrheit“ und „solidarische internationale Zusammenarbeit“ bezeichnet wird, ohne Revolution und die damit verbundenen ‚Komplikationen‘ möglich ist. Siehe zu diesen ‚Komplikationen‘ unseren Text:

*Kapitalismus abschaffen – geht das demokratisch?*

[http://www.nao-prozess.de/blog/latest/wordpress/wp-content/uploads/2013/09/Die\\_GAM\\_sagt\\_diem\\_Leninismus\\_Ade.pdf](http://www.nao-prozess.de/blog/latest/wordpress/wp-content/uploads/2013/09/Die_GAM_sagt_diem_Leninismus_Ade.pdf)

„Das heißt zum Beispiel, dass der technische Vorsprung eines Betriebes oder auch eines Landes nicht als Konkurrenzvorteil zulasten anderer Betriebe oder anderer Länder eingesetzt, sondern zum beiderseitigen Nutzen mit ihnen geteilt wird. Der heute übliche Patentschutz etwa ist nur

*dazu da, um die Konkurrenzvorteile und Privilegien der Länder des industrialisierten Nordens festzuschreiben.“*

Auch hier stellt sich wiederum die Frage: Warum sollten die KapitalistInnen das tun bzw. wie könnten sie dies tun, wo sie doch selbst dem Konkurrenzregime der kapitalistischen Produktionsweise unterliegen? Oder sollen die zitierten Sätze vielmehr die Verhältnisse einer post-kapitalistischen (d.h.: post-revolutionären) Gesellschaft beschreiben?

*„Ein Mittel, um ihre Landwirtschaft vor dem Zugriff von Agrarkonzernen zu schützen, sind Einfuhrzölle, mit denen sie Dumpingimporte von billigen Hühnchenschlegeln und Milchpulver von Nestlé verhindern können.“*

Also mit anderen Worten: **Protektionismus** als Antwort auf die Probleme des globalen Südens. Das klingt nicht wirklich überzeugend! – jedenfalls aus marxistischer Sicht...

*„Eine De-Globalisierung oder Regionalisierung ist ohne besonders komplizierte Regelungen und organisierte Purzelbäume technisch und organisatorisch machbar – was fehlt, ist der politische Wille dazu.“*

Aha, es hängt nur vom „Willen“ ab. Die Macht der **Strukturen** oder der gesellschaftlichen **Verhältnisse** spielt dagegen wohl keine Rolle.

*„Notwendig ist, dass wir mit der kapitalistischen Logik brechen und dass, die Menschen in Nord und Süd, Ost und West der Minderheit um das superreiche 1 Prozent die Kontrolle über die Fabriken und Dienst-*

*leistungsunternehmen entziehen, die längst überfällige Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten durchsetzen und selbst bestimmen, was, wie, wo und unter welchen Bedingungen produziert wird.“*

Nun ja, wenn es wirklich 99 zu 1 ginge, wäre es nicht so schwer. Aber zwischen „oben“ und „ganz unten“ gibt es tausend **Zwischenabstufungen** und jedeR erhofft sich seinen/ihren Anteil vom Gesamtkuchen. Der Kapitalismus ist eben deshalb so stabil, weil er *bewusstseinsmässig von fast allen getragen wird*. Für seine Überwindung reicht es nicht aus, für „Umverteilung“ einzutreten, sondern das „**Wertgesetz**“ selber muss sukzessive aufgehoben werden. Und DAS ist viel schwerer umsetzbar.

*„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“*  
(Marx, Kritik des Gothaer Programms)

siehe auch:

Historischer Materialismus oder  
Verteilungsgerechtigkeit?

[http://scharf-links.de/48.0.html?  
&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=54446&tx\\_ttnews\[backPid\]=56&cHash=06963ae34d](http://scharf-links.de/48.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=54446&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=06963ae34d)

„Die Freihandelsabkommen gehören gekündigt und ersetzt durch faire Verträge, die den Ländern des Südens reale Entwicklungsmöglichkeiten bieten.“

Und noch einmal die Frage: Warum sollten die imperialistischen Staaten bereit sein, solche (neuen) Verträge abzuschließen?

„Der soziale Wohnungsbau muss dringend wieder angekurbelt werden, hier gibt es großen Bedarf nicht nur für Flüchtlinge, auch für Niedriglöhner und Hartz-IV-Betroffene, die durch den Anstieg der Immobilienpreise auf der Strecke bleiben.“

Darin erschöpft sich also die ganze Weisheit des Flugblattes: ein **keynesianisches Wohnungsbauprogramm** als Antwort auf „Flüchtlingskrise“ und Wirtschaftskrise...

Aber da wir selbst dem *Optimismus* nicht ganz abhold sind, *hoffen* wir doch sehr, dass der RSB die nächste Abzweigung von dem Weg, den er gerade geht, nicht verpasst.

[1] [https://de.wikipedia.org/wiki/Quo\\_vadis%3F](https://de.wikipedia.org/wiki/Quo_vadis%3F).

[2] „We have to draw up a frank balance sheet of our work in ‚broad parties‘ because in various countries the formation of ‚broad parties‘ has met with failure. In Italy PRC has taken a steady rightward course. In Brazil, the ‚broad party‘ project, PT, which even seemed anticapitalist at its beginnings has evolved towards a neoliberal project.“ ([http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?](http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1772)

[article1772](http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1772)) Und der Beteiligung an neuen, mehr oder minder sozialdemokratischen Parteien hielt der RSB entgegen: „Was the Spartakusbund split from SPD an error? In our tradition we have always considered that they should have left SPD at least 10 years earlier, to form a combative, class struggle party as Lenin did. As we know Trotsky rallied Lenin’s positions. Do we no longer share these convictions?“ (ebd.)

[3] „Aufbau der revolutionären Organisation und Aufbau und Entwicklung von Kadern und auf der anderen Seite teilnehmen und helfen beim Wiederaufbau der Arbeiterbewegung [= Mitarbeit in der Linkspartei]“ ([http://platypus1917.org/?powerpress\\_pinw=22543-podcast](http://platypus1917.org/?powerpress_pinw=22543-podcast); ca. Min. 17:10 bis 17:25).

[4] *Probleme des Entrismus*; <http://www.trend.infopartisan.net/trd0915/t120915.html>.

[5] „Klassenunabhängigkeit“ meint ideologische und organisatorische Unabhängigkeit von der gegnerischen Klasse.

[6] [http://platypus1917.org/?powerpress\\_pinw=22543-podcast](http://platypus1917.org/?powerpress_pinw=22543-podcast); 16:48 - 16:55 h.

[7] Allein vom Brechen „mit der kapitalistischen Logik“ (unsere Hv.) und davon, dass wir „viel Energie, Durchsetzungskraft, um den Wirtschaftseliten und ihren politischen Statthaltern das Heft aus der Hand zu nehmen“, bräuchten, ist in dem Text die Rede. Davon, welche *Mittel* für „Durchsetzungskraft“ es angesichts dessen, daß die „kapitalistischen Logik“ *bewaffnet* ist, bedarf, ist in dem Text allerdings *nicht* die Rede.